

## Änderungsanträge Präambel 1-7

### Präambel 1

#### Änderungsantrag zu EP-01 – 115-116

Zeile 115 – 116 streichen und ersetzen

Wir kämpfen daher unter dem Leitbild eines sozialen Europas um Standards der ~~Bildungs-~~**Sozial**, der Arbeitsmarkt-, der Gesundheits-, ~~und der Rentenpolitik~~ ...

#### **Begründung:**

Die Bildungs-, und Rentenpolitik liegt nicht in der gesetzgeberischen Kompetenz der EU und sollte daher hier nicht genannt werden.

### Präambel 2

#### Änderungsantrag zu EP-01 – 171-173

Zeile 171 bis 173 ersetzen durch:

„Bis spätestens 2050 kann Europa zu 100% auf Erneuerbare Energien umsteigen. Wir streben an, diese Ziel bereits 2040 zu erreichen und werden auf allen Ebenen konsequent dafür streiten.“

#### **Begründung:**

Umsetzung der Beschlussfassung der Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt

### Präambel 3

#### Änderungsantrag zu EP-01 – 271

Zeile 271:

... und die Schaffung von Sicherheit, ~~und~~ Justiz, **aber auch Infrastruktur** garantiert.

#### **Begründung:**

Beim zivilen Aufbau geht es vor allem auch um den Aufbau von Infrastruktur wie Brunnen, Schulen, Straßen, so dass dies an dieser Stelle auch genannt werden sollte.

### Präambel 4

#### Änderungsantrag zu EP-01 – 191

Zeile 191 einfügen „Arbeitsrechts- und“

einen Rahmen und dazu gehören europäische **Arbeitsrechts- und** Sozialstandards.

#### **Begründung**

Auf europäischer Ebene werden vor allem auch arbeitsrechtliche Mindeststandards definiert.

## Präambel 5

### Änderungsantrag zu EP-01 – 192

Zeile 192 streichen:

Nur ein soziales Europa ist ein gerechtes Europa. ~~Gerechtigkeit setzt aber auch Nachhaltigkeit voraus.~~

#### Begründung

Dieser Satz hat keine Aussage.

## Präambel 6

### Änderungsantrag zu EP-01 – 199-200

Zeile 199 – 200 ersetzen neu einfügen

↳ Wir setzen uns **dafür ein, dass das europaweit garantierte Recht auf gleichen Lohn für Frauen und Männer endlich Realität wird und fordern direkte und indirekte Lohndiskriminierung zu sanktionieren.** Wir fordern...

#### Begründung

Der bisherige Satz forderte gesetzliche Maßnahmen zur Lohngleichheit. Diese gibt es allerdings schon. Was wir brauchen sind Maßnahmen, dies dieses Recht auch in der Praxis umsetzen.

## Präambel 6

### Änderungsantrag zu EP-01 - 202

Zeile 202 „Frage“ durch „Floskel“ ersetzen

↳ ... denn Gleichstellung ist für uns keine **Floskel**, ~~Frage~~ sondern gehört zum Selbstverständnis GRÜNER Politik.

## **Präambel 7**

### **Änderungsantrag zu EP-01 - 202**

**Ersetzung der Zeilen 283 – 319 alt („Die EU bürgernäher machen“/„Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit“) durch folgendes Kapitel:**

#### **Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit**

In vielen Fällen ist Europa noch nicht gewappnet, um die großen Herausforderungen zu meistern, vor denen wir alle stehen. Die europäische Politik von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen, die im Europäischen Parlament, im Rat und in der Kommission die Mehrheit stellen, führt im Gegenteil dazu, dass in der EU viel zu häufig die falschen Weichen gestellt werden. Aber auch das Versteckspiel bei den Verantwortlichkeiten muss aufhören! Viele finden es leider allzu bequem, Brüssel den schwarzen Peter zuzuschieben, wo das Problem oft genug bei nationalen Egoisten liegt. So profitieren vom Prinzip der Einstimmigkeit bei wichtigen Entscheidungen im Ministerrat besonders die Regierungen und Interessengruppen, die kein Interesse an politischem Fortschritt haben und denen ein Europa als erweiterte Freihandelszone eigentlich am liebsten wäre.

Im Bereich des Binnenmarktes wiederum werden die meisten Entscheidungen mit Mehrheit getroffen. So manche Regierung nimmt deshalb den Umweg über „Brüssel“, um eine Politik durchzusetzen, für die sie im heimischen Parlament keine Mehrheit bekommen hätte. Frech, wenn sie dann – wieder daheim – die EU für die Politik kritisiert, die sie eben noch im Ministerrat mitbeschlossen hat. Statt für das eigene Handeln offen Rechenschaft abzugeben. Auf solche Art wird „Europa“ oder „Brüssel“ dann zum Sündenbock gemacht und immer wieder von neuem ein Keil zwischen die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger getrieben.

Wir GRÜNE wollen nicht zulassen, dass Doppelzüngigkeit Amtssprache in den europäischen Mitgliedstaaten wird. Es kann nicht sein, dass Frau Merkel sich vollmundig als Klimakanzlerin feiern lässt, wo sie doch im Rat der Regierungschefs die Richtlinie über den Emissionshandel im Flugverkehr blockierte. Und weiter: gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy wollte die Bundesregierung die geplanten Regeln zur Reduzierung des Spritverbrauchs von Neuwagen zu verwässern - Zum Schaden von Umwelt, Autofahrerinnen und Autofahrer. Notwendige Schritte zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Straßenverkehr werden kurzerhand auf das Jahr 2015 vertagt. Die SPD führt das soziale Europa zwar groß im Munde, verschweigt aber, dass ihr deutscher Arbeitsminister Scholz dazu beigetragen hat, dass die durchschnittliche Höchstarbeitszeit jüngst auf 65 und mehr Wochenstunden ausgeweitet werden soll.

Doppelzüngigkeit kennzeichnet auch die LINKE. Denn mit ihrem anti-europäischen Populismus trägt sie dazu bei, die Überwindung der beklagten Defizite zu behindern.

Jede Macht braucht Kontrolle, auch europäische. Deshalb braucht die EU auch wesentlich mehr Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit! Dafür streiten wir.

Und politische Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo es Sinn macht. Das ist der Inhalt des Subsidiaritätsprinzips. Dazu gehört allemal eine gestaltungs- und leistungsstarke lokale Selbstverwaltung.

#### **Begründung**

Die bisherige Aufteilung dieses Abschnittes in zwei Kapitel verlängert den Präambeltext unnötig.

Das Kapitel 314-318 lässt sich zwanglos an 283-311 anschließen, insbesondere da es eh nur aus 4 Zeilen besteht und so etwas sehr inhaltslos daher kommt.

Das Stichwort „Bürgernähe“ ist ein fragwürdiges und auch abgegriffenes Schlagwort, das zudem die Vorstellung einer Trennung zwischen EU und EU-Bürgern transportiert.

Wir schlagen vor die Überschrift von 314-318 stattdessen als Gesamtüberschrift des neuen Kapitels zu verwenden.

Formal ist der obige Entwurf kürzer, wie auch eine Reihe von Sätzen deutlich gestrafft wurden.

Inhaltlich wurden keine schwerwiegenden Veränderungen vorgenommen, sondern vor allem Sachverhalte präziser und klarer benannt.

---

## **Auf der BAG Sitzung am 30.11.2008 bereits angenommene Änderungsanträge**

### **Änderungsantrag zu EP-01 – 161-162**

Zeile 161 – 162 streiche Satzende  
..., weg von Kohlekraftwerken ~~ohne Co2-Abscheidung~~.

#### **Begründung**

### **Änderungsantrag zu EP-01 – 332**

Zeile 332 einfügen „Sollte der Vertrag endgültig scheitern ...“  
**Sollte der Vertrag endgültig scheitern**, ~~Wir~~ setzen **wir** uns für eine europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta ein.

#### **Begründung**

Unser primäres Ziel ist es, dass der Lissabon Vertrag, den bereits 25 ratifiziert haben, in Kraft tritt. Herzstück dieses Vertrages ist die Grundrechtecharta. Diese aus dem Vertrag heraus zu nehmen, würde dem Lissabonvertrag den Todesstoß versetzen. Sollte der Reformvertrag jedoch in absehbarer Zeit aufgrund einer weiteren Blockade scheitern, wollen wir zumindest, dass die Grundrechtecharta per Volksabstimmung abgestimmt wird.